

Von: johann.meindorfer@bund-naturschutz.de
Gesendet: Montag, 20. März 2023 19:41
An: Olaf.Scholz@bundestag.de; internetpost@bundesregierung.de; poststelle@bk.bund.de
Cc: BK Bundeskanzleramt Referatsleiter Nachhaltigkeit Bauernfeind Stefan Dr.
Betreff: Anforderungen an Staatsaufgaben-Finanzierung - Unterlassen jeglicher Subventionierung von sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen unnötigen Projekten und Vorhaben wie Flüssigerdgas-Terminals für Import von Fracking-Gas

Unterlassen jeglicher Subventionierung von sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen unnötigen Projekten und Vorhaben wie Flüssigerdgas-Terminals für Import von Fracking-Gas

Stattdessen ist grundsätzlich zuallerzuerst ein wirklich wirksames und wirkungsvolles globalsteuerndes Instrumentarium gefordert, das ansehnliche Beiträge zum Energiesparen und zur Erhöhung der Energieeffizienz generiert

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz,
CC: Sehr geehrter Herr Vizekanzler und Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck,

schon mit Schreiben vom 14. März 2021 an den damaligen Bundesminister der Finanzen, Herrn Olaf Scholz, also Sie, Herr Bundeskanzler, haben wir Sie eindringlich gebeten, **jegliche Forcierung oder gar Subventionierung von sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen unnötigen Projekten und Vorhaben wie Flüssigerdgas-Terminals für Import von Fracking-Gas zu unterlassen**

Aber es kam ja nur diese nichtssagende abweisende Antwort, mit der die Themenfelder unseres Schreibens keineswegs abgehandelt und so auch unserem Vorbringen und Anliegen nicht Rechnung getragen wurden:

Von: Buengerreferat@bmf.bund.de <Buengerreferat@bmf.bund.de>
Gesendet: Donnerstag, 18. März 2021 16:01
An: BUND-NATURSCHUTZ-MEINDORFER@gmx.de
Betreff: WG: Anforderungen an die Finanz- und Steuerpolitik Dok 2021/0306498
Priorität: Hoch

Sehr geehrter Herr Meindorfer,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14. März 2021 an den Bundesminister der Finanzen, Herrn Olaf Scholz. Der Minister lässt Ihnen für Ihr Schreiben danken. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass Herr Scholz Ihnen aufgrund der Vielzahl der Anfragen nicht selbst antwortet, sondern das Referat L C 4 - Bürgerangelegenheiten - im Bundesministerium der Finanzen (BMF) darum gebeten hat.

Unser Referat berichtet im Übrigen regelmäßig über das Meinungsbild, die Anregungen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Wir bitten jedoch um Verständnis dafür, dass wir nicht zu allen von Ihnen vorgetragenen Aspekten ausführlich und im Einzelnen Stellung nehmen können.

Alle Beiträge zu den Themenbereichen des BMF sowie Reden, Interviews und Namensartikel des Bundesfinanzministers, auch zu den von Ihnen angesprochenen Themen, stehen Ihnen auf der BMF-Internetseite unter folgenden Links zur Verfügung:

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Schlaglichter/Klimaschutz/Klimaschutz.html>
<https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Presse/RedenUndInterviews/redenUndInterviews.html>

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Hinweisen behilflich gewesen zu sein und wünschen Ihnen - auch im Namen des Ministers - alles Gute. Vor allem: Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Referat Bürgerangelegenheiten



Bundesministerium der Finanzen
Referat LC4 / He | Bürgerangelegenheiten
Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Festnetz: +49 (0) 30 18682-3300

Email: buengerreferat@bmf.bund.de
Internet: www.bundesfinanzministerium.de

Doch nirgends rächt sich das Unterlassen einer intelligenten globalsteuernden Instrument ökologischen und sozialen Ausrichtung des Finanz-, Abgaben- und Steuersystems so sehr wie in der in der jetzigen fortschreitenden Klima-, Biodiversitäts- und Knappheitskrise

Es braucht also unweigerlich Rahmenbedingungen, mit denen das Herstellen von deutlich höherer Kostenwahrheit und Kostengerechtigkeit erfolgt, damit sich generell betriebswirtschaftlich statt wie bisher Rohstoff- und Energieverschwendung das rentiert, was auch ökologisch und somit volkswirtschaftlich einzig Sinn macht.

Dies erfordert Ihr vehementes Eintreten für eine höhere nationale wie globale Verteilungsgerechtigkeit in sozialer wie ökologischer Hinsicht über ein globalsteuerndes intelligentes ökologisch-soziales Finanz-, Abgaben- und Steuersystem, das ökologisch-soziale Kostenwahrheit und Kostengerechtigkeit mit Anlastung der bisher externalisierten sozialen und ökologischen Folgelasten und -kosten über die Preise auf die Verursacher herstellt.

Der Staat muss uns alle zu einem klima- und umweltfreundlichen Verhalten hin steuern, bewegen, indem sich umweltverträgliches abfall- und energiesparendes Verhalten aller rentiert und nicht das Verschenden von Ressourcen. Wichtiger Bestandteil dazu ist ein intelligentes ökologisch-soziales Finanz-, Abgaben- und Finanz-, Abgaben- und Steuersystem.

Ohne dieses zielgenaue Instrument zum schnellstmöglichen Erreichen der Klimaschutzziele und gleichlaufend der Biodiversitätsziele werden diese dauerhaft verfehlt werden.

Dieses Erreichen stattdessen nur mit unsäglichen Kompensationslegenden oder diversen Pseudolösungen, Hochrisikotechnologien – Weiterlaufenlassen von Atomkraftwerken Kernfusion, CCS-Technologien etc. - versuchen zu wollen, wie sie uns Ihr Koalitions“partner“ FDP als „Problemlöser“ anpreisen und aufschwätzen will, gleicht einem ungedeckten Scheck auf die Zukunft.

Einem ungedeckten Scheck auf Kosten einer richtig gesicherten Zukunftsperspektive für ein wirklich gerecht existenzsicherndes auskömmliches zufriedenes würdiges gutes suffizientes Leben zukünftiger Generationen.

Solange sich Verschwenden von Ressourcen rentiert und nicht das umweltverträgliche abfall- und energiesparende Verhalten, ist keine krisenresilientere und nachhaltigere Wirtschaftsweise zu erwirken.

Erneutes unverzeihliches Versäumnis wäre es, diese Knappheitskrise nicht dafür zu nutzen, suffizienteres krisenresilienteres ressourcen- und energiesparendes umweltverträgliches Investitions- und Konsumverhalten und eine Ökologisierung des gesamten Wirtschaftens, eine krisenresilientere und nachhaltigere Wirtschaftsweise zu erwirken.

Damit sich generell in grossem Stil in allen Wirtschaftssektoren betriebswirtschaftlich statt wie bisher die Rohstoff- und Energieverschwendung dasjenige rentiert, was auch ökologisch und somit volkswirtschaftlich einzig Sinn macht, vertretbar, ja erforderlich ist, bedarf es eines intelligenten ökologisch-sozialen Finanz-, Abgaben- und Steuersystems bzw. einer solchermassen ausgerichteten ökologisch-sozialen Steuerreform.

Der "Faktor" menschliche Arbeit ist grundsätzlich zu entlasten und den Energie- und Ressourcenverbrauch zu verteuern, d.h. stärker und mindestens mit all seinen externen Sozial- und Umweltfolgekosten zu belasten, planbar und berechenbar für die Wirtschaftssubjekte.

Nun bitten Sie daher nochmals eindringlich,

alle sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen unnötigen Projekte und Vorhaben wie Flüssigerdgas-Terminals für Import von Fracking-Gas zu unterlassen

und stattdessen

ein wirklich wirksames und wirkungsvolles globalsteuerndes Instrumentarium einzuführen, das en passant ansehnliche Beiträge zum Energiesparen und zur Erhöhung der Energieeffizienz generiert.

Denn genau dieses zielgenaue Instrumentarium eines intelligenten globalsteuernden ökologischen und sozialen Finanz-, Abgaben- und Steuersystems braucht es zum schnellstmöglichen Erreichen der Biodiversitäts-, Klimaschutzziele.

Die nötigen einzelnen Elemente ersehen Sie bitte weiter untenstehend unserem Erstanschreiben

Ihre **nunmehr ausführliche Antwort zu Ihren** entsprechend den Kriterien den einer dringend gebotenen einzufordernden höheren sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit **veranlassten Massnahmen** dürfen wir mit grossem Interesse erwarten und danken schon jetzt dafür.

Mit freundlichen Grüssen

Johann Meindorfer

johann.meindorfer@bund-naturschutz.de
Verkehrsclub Deutschland e.V.
Bayern e.V.
Sprecher Kreisgruppe Straubing-Bogen
Bogen
Sprecher Arbeitskreis Ostbayern
Ressourcenschonung

Finanzen

Bund Naturschutz in

2. Kreisvorsitzender Kreisgruppe Straubing-

stv. Sprecher BN-Landesarbeitskreis Abfall / Kreislaufwirtschaft /

Mitarbeiter BUND-Bundesarbeitskreis Wirtschaft und

Albrechtsgasse 3
Energie
94315 Straubing
Verkehr
vcd-straubing@vcd-bayern.de
naturschutz.de
www.vcd.org
naturschutz.de
www.vcd-bayern.de/straubing
naturschutz.de

Mitarbeiter BN-Landesarbeitskreis Klimaschutz und

Mitarbeiter BN-Landesarbeitskreis

straubing@bund-

www.bund-

www.straubing.bund-



Unsere Briefbögen sind gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier – umweltfreundlich.
Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für Lebensqualität für alle - dafür setzen wir uns ein!

Von: BUND-NATURSCHUTZ-MEINDORFER@gmx.de <BUND-NATURSCHUTZ-MEINDORFER@gmx.de>

Gesendet: Donnerstag, 18. März 2021 20:42

An: buergerreferat@bmf.bund.de; pressestelle@spd.de; Poststelle@bmf.bund.de; parteivorstand@spd.de

Betreff: BMF Anforderungen an Staatsaufgaben-Finanzierung - Unterlassen jeglicher Subventionierung von sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen unnötigen Projekten und Vorhaben wie Flüssigerdgas-Terminals für Import von Fracking-Gas



Persönlich

Herrn Vizekanzler

Bundesfinanzminister

Olaf Scholz

Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

11016 Berlin

Verkehrsclub Deutschland

Johann Meindorfer
Kreisgruppe Straubing-Bogen
Kreisgruppensprecher
Sprecher Arbeitskreis Ostbayern stv. Sprecher Landesarbeitskreis Abfall / Kreislaufwirtschaft / Ressourcenschonung

vcd-straubing@vcd-bayern.de
www.vcd.org
www.vcd-bayern.de/straubing

Ich bin natürlich dabei!
Mitglied beim Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Johann Meindorfer
Kreisgruppe Straubing-Bogen
2. Kreisvorsitzender
Mitarbeiter BUND-Bundesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen
Albrechtsgasse 3
94315 Straubing

straubing@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de
www.straubing.bund-naturschutz.de



Bahnhof Straubing
10 Minuten Fußweg

Stadtbus 1, 2, 3, 4,



Taxibus 10,11

Haltestelle Ludwigsplatz

AST



Bestellung 09421 51651

IHRE NACHRICHT

VOM

UNSERE ZEICHEN

JM. ENEN UAÖS BMF Anforderungen an die Finanz- und Steuerpolitik
bei steigendem Finanzmittelbedarf 0321

18.3.21

STRAUBING,

Unterlassen jeglicher Subventionierung von sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen unnötigen Projekten und Vorhaben wie Flüssigerdgas-Terminals für Import von Fracking-Gas

Anforderungen an die Finanz- und Steuerpolitik bei steigendem Finanzmittelbedarf

Umsetzung einer ökologisch nachhaltige Energie-, Agrar-, Rohstoff-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Konsumwende und höherer sozialer und ökologischer Verteilungsgerechtigkeit

Sehr geehrter Herr Vizekanzler und Bundesfinanzminister Scholz,

mit dieser nichtssagenden abweisenden Antwort werden die Themenfelder unseres Schreibens keineswegs abgehandelt und wird so auch unserem Vorbringen und Anliegen nicht Rechnung getragen.

Diese Abweisung und Ignoranz wird wohl kaum je denjenigen widerfahren, die wie die Unternehmenslobbyisten der Luftfahrtindustrie, der Gasindustrie oder Autoindustrie Gewinn- und Profitinteressen auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen der Gesamtbevölkerung durchzubringen versuchen. Aus gegebenem Anlass noch ergänzend:

Die Bundesregierung hat seit Beginn der Corona-Pandemie Hilfen in Milliardenhöhe für Unternehmen mobilisiert. Jetzt planen zahlreiche Unternehmen, die Hilfen angenommen haben, Gewinne in Milliardenhöhe an ihre Eigentümer auszuschütten. Im Ergebnis werden so Steuergelder, die Beschäftigung sichern und Pleiten verhindern sollten, als Gewinnausschüttungen an Aktionäre weitergeleitet.

Allein die BMW-Großaktionäre Stefan Quandt und Susanne Klatten sollen zusammen über 500 Millionen Euro ausgeschüttet bekommen. Bei Daimler sitzen die drei größten Aktionäre in Kuwait und China. So profitiert zum Beispiel der Staatsfonds von Kuwait mit am meisten von einer Gewinnausschüttung.

Das darf nicht passieren! **Folgen Sie dem Beispiel Niederlande und sorgen Sie dafür, dass Unternehmen, die in der Corona-Krise staatliche Hilfen erhalten und nicht zurückgezahlt haben, keine Gewinne an ihre Eigentümer ausschütten!** Beim Staat um Krisenhilfe bitten und für dasselbe Jahr Gewinne ausschütten, das passt nicht zusammen.

Es geht hier um **übergreifende zentral wichtigen Erfordernisse, warum genau wir eben somit nochmals die politische Ebene mit Ihnen persönlich an der Spitze, sehr geehrter Herr Vizekanzler und Bundesfinanzminister Scholz, anschreiben.**

Es geht hier um Ihr politisches richtiges Handeln zum Erhalt gesellschaftlichen sozialen Zusammenhalt unter Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für Lebensqualität für alle.

Mit dem Nachgeben gegenüber Gewinn- und Profitinteressen einerseits und andererseits der Abweisung und Ignoranz einer **ökologisch nachhaltige Energie-, Agrar-, Rohstoff-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Konsumwende und höherer sozialer und ökologischer Verteilungsgerechtigkeit** würden Sie zudem die letzten Gründe pulverisieren, warum billig und gerecht denkende sozial und ökologisch engagierte Menschen mit Aussicht auf Ihre Kanzlerschaft SPD wählen sollten.

Es muss jetzt und sofort alles zum Erreichen der Energiewende-, Biodiversitäts- und Klimaschutzziele Nötige veranlasst werden, mithin die umfassende Ausschöpfung aller Emissionsminderungspotentiale Energieeinsparungspotentiale auch im Mobilitätssektor sowie beim Materialeinsatz.

Über ein globalsteuerndes intelligentes ökologisch-soziales Finanz-, Abgaben- und Steuersystem, das ökologisch-soziale Kostenwahrheit und Kostengerechtigkeit mit **Anlastung der bisher externalisierten sozialen und ökologischen Folgelasten und -kosten über die Preise auf die Verursacher** herstellt sowie durch **Unterlassen jeglicher Subventionierung von sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen unnötigen Projekten und Vorhaben wie Flüssigerdgas-Terminals für Import von Fracking-Gas.**

Es sind alle zum Erreichen der Energiewende-, Biodiversitäts- und Klimaschutzziele geeigneten organisatorischen fiskalisch-monetären und steuerpolitischen Massnahmen, Beeinflussungsmöglichkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Wir bitten Sie daher nochmals ausdrücklich, **diese in die Tat umzusetzen**.

Ihre **ausführliche Antwort zu Ihren** entsprechend den Kriterien den einer dringend gebotenen einzufordernden höheren sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit **veranlassten Massnahmen** dürfen wir mit grossem Interesse erwarten und danken schon jetzt dafür.

Mit freundlichen Grüssen

Johann Meindorfer
BUND-NATURSCHUTZ-MEINDORFER@gmx.de
BUND Naturschutz Kreisgruppe Straubing-Bogen 2. Kreisvorsitzender
stellv. Sprecher BN-Landesarbeitskreis Abfall / Kreislaufwirtschaft / Ressourcenschonung
Mitarbeiter BN-Landesarbeitskreis Verkehr
Mitarbeiter BN-Landesarbeitskreis Energie / Klima
Mitarbeiter BN-Landesarbeitskreis Wirtschaft
Mitarbeiter BUND-Bundesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen
BUND Naturschutz Geschäftsstelle Straubing
Albrechtsgasse 3, 94315 Straubing
straubing@bund-naturschutz.de * www.straubing.bund-naturschutz.de

Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für Lebensqualität für alle - dafür setzen wir uns ein!



Als Mitglied, Förderer oder mit einer Spende auf unser Konto 461251 bei der Sparkasse Niederbayern-Mitte, BLZ 74250000, IBAN DE03 7425 0000 0000 461251, SWIFT-BIC BYLADEM1SRG unterstützen Sie unsere ehrenamtlichen und gemeinnützigen Aktivitäten. Beiträge und Spenden sind wegen unserer Gemeinnützigkeit steuerlich abzugsfähig

Von: Buengerreferat@bmf.bund.de <Buengerreferat@bmf.bund.de>

Gesendet: Donnerstag, 18. März 2021 16:01

An: BUND-NATURSCHUTZ-MEINDORFER@gmx.de

Betreff: WG: Anforderungen an die Finanz- und Steuerpolitik Dok 2021/0306498

Priorität: Hoch

Sehr geehrter Herr Meindorfer,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14. März 2021 an den Bundesminister der Finanzen, Herrn Olaf Scholz. Der Minister lässt Ihnen für Ihr Schreiben danken. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass Herr Scholz Ihnen aufgrund der Vielzahl der Anfragen nicht selbst antwortet, sondern das Referat L C 4 - Bürgerangelegenheiten - im Bundesministerium der Finanzen (BMF) darum gebeten hat.

Unser Referat berichtet im Übrigen regelmäßig über das Meinungsbild, die Anregungen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Wir bitten jedoch um Verständnis dafür, dass wir nicht zu allen von Ihnen vorgetragenen Aspekten ausführlich und im Einzelnen Stellung nehmen können.

Alle Beiträge zu den Themenbereichen des BMF sowie Reden, Interviews und Namensartikel des Bundesfinanzministers, auch zu den von Ihnen angesprochenen Themen, stehen Ihnen auf der BMF-Internetseite unter folgenden Links zur Verfügung:

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Schlaglichter/Klimaschutz/Klimaschutz.html>
<https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Presse/RedenUndInterviews/redenUndInterviews.html>

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Hinweisen behilflich gewesen zu sein und wünschen Ihnen - auch im Namen des Ministers - alles Gute. Vor allem: Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Referat Bürgerangelegenheiten



Bundesministerium der Finanzen
Referat LC4 / He | Bürgerangelegenheiten
Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Festnetz: +49 (0) 30 18682-3300

Email: buergerreferat@bmf.bund.de
Internet: www.bundesfinanzministerium.de



Unterlassen jeglicher Subventionierung von sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen unnötigen Projekten und Vorhaben wie Flüssigerdgas-Terminals für Import von Fracking-Gas

Anforderungen an die Finanz- und Steuerpolitik bei steigendem Finanzmittelbedarf

Umsetzung einer ökologisch nachhaltige Energie-, Agrar-, Rohstoff-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Konsumwende und höherer sozialer und ökologischer Verteilungsgerechtigkeit

Sehr geehrter Herr Vizekanzler und Bundesfinanzminister Scholz,

Ihr **Plan, mit 1 Milliarde Euro Steuergeld die Flüssigerdgas-Terminals für den Import von Fracking-Gas zu bauen**, damit im Gegenzug die US-Regierung ihren Widerstand gegen die Mega-Pipeline Nord Stream 2 aufgeben soll, **läuft den Erkenntnissen über die Ursächlichkeit der voll im Laufen befindlichen Biodiversitäts- und Klimakrise sowie den Erfordernissen einer dringend gebotenen ökologisch nachhaltigen Energie- und Verkehrswende völlig zuwider.**

Stattdessen besteht die äusserst dringliche Notwendigkeit einer gerechten ökologisch-sozialen Steuerreform, die eben schonenden Umgang mit der Mitwelt auch finanziell fördert.

Nachdem die **Notwendigkeiten wie die Dringlichkeit zum schnellsten Erreichen der Biodiversitäts- und Klimaschutzziele und einer ökologisch nachhaltigen Energie-, Agrar-, Rohstoff-, Verkehrs- Wirtschafts- und Konsumwende sowie hinreichende soziale und ökologische Verteilungsgerechtigkeit**

ganz offenkundig immer deutlicher werden, immer erdrückender zu Tage treten, ist auch die umfassende Ausschöpfung aller Flächenspar-, Emissionsminderungspotentiale und Energieeinsparungspotentiale in allen Bereichen und auf allen Ebenen nötig, mithin die Schaffung eines **intelligenten nach marktwirtschaftlichen Prinzipien wirkenden ökologisch-sozialen Finanzsystems, mit dem sich energiesparendes klima- und umweltfreundliches Verhalten aller rentiert.**

Für den BUND steht fest: wir brauchen eine rasche Kehrtwende in der Art, wie wir leben und wirtschaften.

Die entscheidenden Akteure dazu – uns alle als „Wirtschaftssubjekte“, als Handelnde in Sachen Konsum - auch in Form von Mobilitätskonsum - muss die Politik also mittels eines **gerechten intelligenten ökologisch-sozialen Finanzsystems** mitnehmen auf den Weg in die Postwachstumsgesellschaft, zur „grossen sozialökologischen Transformation“.

Ausgangslage muss daher vielmehr sein, dass sich künftig energiesparendes klima- und umweltfreundliches Verhalten aller rentiert und nicht mehr das Verpassen von Ressourcen. Dahin steuern muss der Staat uns alle, die „Wirtschaftssubjekte“ mit einer gerechten ökologisch-sozialen Steuerreform, die eben schonenden Umgang mit der Mitwelt auch finanziell fördert.

Was unterhalb der jeweils besten ökologischen Praxis liegt, ist in Anbetracht der nach wie vor voll im Laufen befindlichen bedrohlichen Fehlentwicklungen wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust nicht mehr vertretbar und darf über steuerliche Regelungen nicht auch noch befördert und gefördert werden.

Es braucht bei aller betriebswirtschaftlichen Heterogenität „der Wirtschaft“ generell die Entkopplung zwischen Wirtschafts- und Konsumwachstum einerseits und andererseits Lebensqualität, guten Lebensbedingungen, d.h. allen ein angenehm-auskömmlichen zufriedenes würdiges gutes wirklich gerecht existenzsicherndes Leben zu sichern. Die strukturellen Voraussetzungen dafür für alle, im bestgemeinten Sinne von Suffizienz zu gewährleisten.

Dass jedeR Mensch, alle als „Wirtschaftssubjekte“ auf einer soliden Einkommensbasis aber auch zu ressourcen- und energiesparendem umweltverträglichem Konsum einerseits angespornt und andererseits durch die gerechte Einkommensverteilung auch befähigt wird.

Wir brauchen ökologisch-soziale Kostenwahrheit und Kostengerechtigkeit mit Anlastung der bisher externalisierten Folgelasten auf die Preise von Energie- und Ressourcenverbrauch. Gepaart mit deutlich höherer sozialer und ökologischer Verteilungsgerechtigkeit. Mit einem intelligenten ökologisch-sozialem Steuersystem, das Leistung belohnt, aber auf gerechte Verhältnismässigkeit der Einkommensverteilung achtet. Das den "Faktor" menschliche Arbeit grundsätzlich entlastet und den Energie- und Ressourcenverbrauch verteuert, planbar und berechenbar für die Wirtschaftssubjekte.

Das erfordert die Umsetzung einer ökologisch nachhaltige Energie-, Agrar-, Rohstoff-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Konsumwende und höherer sozialer und ökologischer Verteilungsgerechtigkeit mit einem wirklich wirksamen und wirkungsvollen Instrumentarium zur Reduzierung des überzogenen Ressourcen- und Energieverbrauchs.

Also mit der Bepreisung von Energie- und Ressourcenverbrauch einerseits. Andererseits mit dem Abbau der Verteilungsgerechtigkeit infolge immer weiter auseinanderklaffender Schere bei der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Steigender Finanzmittelbedarf zum **wirklich wirksamen Klimaschutz, Schutz der Biodiversität und damit unserer Lebensgrundlagen** besteht ganz generell beim Aufbau sowie Ausbau der zum **schnellsten Erreichen der Flächenspar-, Biodiversitäts-, Energiespar- und Klimaschutzziele** und einer **ökologisch nachhaltigen Energie-, Agrar-, Rohstoff-, Verkehrs- Wirtschafts- und Konsumwende**.

Zusätzlicher Finanzbedarf aus diesen exemplarisch genannten und vielen weiteren Gründen darf weder zu höherer Staatsverschuldung zu Lasten der Folgegenerationen, noch dazu führen, dass dringliche Erfordernisse aus verschiedenen Bereichen mit sozialer und ökologischer Relevanz oder Investitionen in diese nötigen gemeinschaftsdienlichen Infrastrukturen unerledigt und somit „auf der Strecke bleiben“.

Exemplarisch seien dazu einige Bereiche näher ausgeführt:

Der Bereich Soziale Sicherheit weist an sich einen erheblichen zusätzlichen Finanzbedarf auf. Und im Sinne einer höheren Verteilungsgerechtigkeit gebietet eine Umschichtung der Steuerlast von den mittleren auf die extrem hohen Einkommen von „Grösstverdienern“, deren Einkommen in keinerlei vernünftiger Relation zu den von ihnen erbrachten oder auch nur erbringbaren Leistungen steht und in krassem Missverhältnis zu demjenigen von qualifiziert arbeitenden „Normal-“, oder auch „Gutverdienern“. Eine höhere Verteilungsgerechtigkeit.auch im Inland ist angesichts der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Superreichen und armen Bevölkerungsschichten geboten – Stichwort steigender Grundsicherungsbedarf, auch in Bezug auf Altersarmut.

Erhalt und Ausbau der Soziale Sicherungssysteme bedürfen im Hinblick auf die grossteils prekäre Pflegesituation, ob in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen oder häuslichen Pflege – Stichwort

Pflegenotstand, bessere Personalschlüssel. Zur Verbesserung der Palliativmedizin und Sterbebegleitung – Stichwort Sterbehilfediskussion und Ansteigen von Krebserkrankungen. **Nicht zuletzt die Corona-Pandemie erfordert einen erheblichen zusätzlichen Finanzbedarf im Gesundheitswesen auch zu höherer gerechterer angemessener Entlohnung für das hart arbeitende Pflegepersonal und zeigt andererseits die grundlegenden Anforderungen zu einer umfassend und durchgängig krisenfesten sozial und ökologisch nachhaltigen Ausrichtung des Staatswesens auf und die Notwendigkeit, der bisher ökologisch blinden Wachstumsgesellschaft mit all ihren externalisierten sozialen und ökologischen Folgelasten und -kosten ein Ende zu setzen.**

Statt der in der Kranken- und Pflegeversicherung gewohnten und sozial ungerechten Beitragssatzerhöhungen für diese Zwecke, die zudem nach derzeitiger Rechtslage nicht einmal mehr Arbeitgeber und Arbeitgeber gleichermassen angelastet werden, ist hier durch deutliche Erhöhung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenzen eine breitere Finanzierungsbasis nach dem Modell einer Bürgerversicherung zu schaffen, bei sich die Beitragsbemessung und –zahlung nicht nur auf das Arbeitsentgelt beschränkt und somit im wahrsten solidarischen Sinne auch Bezieher anderer Einkunftsarten einbezogen werden. Damit können höhere Belastungen für die unteren bis mittleren Einkommensbezieher vermieden bzw. die Beitragssätze sogar gesenkt werden – im Gegenzug zur Verteuerung von Ressourcen und Energie.

Zur Erhöhung von Lehrer- und Schulpsychologen-Stellen, auch wegen der Integrationsaufgaben junger Migranten, ebenso wegen der zunehmenden Zahl aufmerksamkeitsgestörter/hyperaktiven Kinder einer deutlich besseren Finanzmittelausstattung

Zusätzlicher Finanzbedarf darf im Bereich Verkehr / Mobilität nicht dazu führen, dass die Weiterentwicklung der Schienenverkehrsinfrastruktur, die nötige Behebung vieler Engpässe und Schwachstellen im Schienenverkehr sowie der Ausbau des OPNV- und Bahnangebots „auf der Strecke bleiben“, um eine „schienenaffine“ Formulierung zu wählen. Es wird ja nicht zuletzt seitens der SPNV-Bestellerorganisationen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) der Länder wie der bayerischen BEG und ihrer Dachorganisation BAG-SPNV darauf hingewiesen, dass dringend erforderliche Angebotsverdichtungen aus den zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmitteln auch nach der kürzlich erfolgten Reform nicht finanzierbar sind. Dabei ist betreffend den Verkehrshaushalt seit Jahren eine Unterfinanzierung vor allem zu Lasten der Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur und zur Behebung vieler Schwachstellen im Schienenverkehr sowie der Schienenverkehrsinfrastruktur, ebenso offenkundig und bekannt.

Das Generieren von Finanzmitteln für sinnvolle sozial und ökologisch verträgliche nachhaltige Zwecke hat mit erster Priorität durch Abbau von Subventionen und Umschichtung von Mitteln weg von sozial und ökologisch **nachteiligen, schädlichen bzw. unnötigen Projekten** zu erfolgen, z. B. gilt es die bisherige Fixierung der überregionalen Verkehrsentwicklung auf den Fernstrassenausbau und dessen eklatante Bevorzugung bei der Einstellung von Haushaltsmitteln aufzugeben zu Gunsten des Substanzerhaltes im Fernstrassennetz und vor allem zu Gunsten der Verkehrsverlagerung von Güter- und Personenverkehr auf die umweltverträglichsten Verkehrsträger, vorrangig die Bahn. Die Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs darf auch nicht durch Instrumente wie Abwrack-Prämien oder Subventionierung für die Anschaffung von E-Autos noch weiter vorangetrieben werden. Denn wohlgemerkt: Wie bei der Energiewende nicht das bloße Austauschen eines Energieträgers gegen einen anderen genügt, so genügt in Sachen Verkehr auch nicht die Absicht des Ausbaus der Auto- Elektromobilität, gerade nicht durch Subventionierung für die Anschaffung von E-Autos.

Es gibt dagegen weitaus Dringlicheres zu tun:

Weit vorrangig müssen daher die vergleichsweise klima- und umweltverträglichen Verkehrsträger Bahn und OPNV die mit Abstand höchste Priorität bei der Verteilung der Haushaltsmittel im Verkehrshaushalt des Bundes wie der Länder erhalten. Sie brauchen einen starken Finanzierungsschub, um endlich die über Jahrzehnte erfolgte Bevorzugung der Auto- und LKW-Infrastruktur kompensieren zu können, als Voraussetzung für attraktive alternative Angebote, die zum Umstieg benötigt werden.

Und weit vorrangig gilt es zuerst den Energieverbrauch insgesamt zu senken, hier das oftmals künstlich aufgeblähte Verkehrsaufkommen. Dazu braucht es eine gerechte Anlastung der Kosten nach dem Verursacherprinzip. Und ein intelligentes ökologisch-soziales Steuersystem, das zu ressourcen- und energiesparendem umweltverträglichem Konsum und Verhalten anspornt. Damit sich sozial- und

umweltverträglich-verantwortliches Verhalten – auch die Vermeidung von unsinnigen Transporten - auch finanziell rechnet und lohnt - und nicht die Verschwendung von Ressourcen und das weitere unhinterfragte Güterverkehrswachstum. **Auch ist für eine höhere Besteuerung des extrem umwelt- und klimaschädlichen Flugverkehrs zu sorgen.**

Zur Energiewende sind zuallererst ansehnliche Beiträge zum Energiesparen und zur Erhöhung der Energieeffizienz gefordert. Das hat allerhöchste Priorität und dann ist der verbleibende Restenergiebedarf so ökologieverträglich wie möglich zu decken!

Dazu ist jeder – noch so kleine – Beitrag erforderlich, wie auch Klimawandel und Rohstoffverknappung durch viele einzelne Aktivitäten ausgelöst werden, aber in der Summe grosse Bedrohungen darstellen. Somit darf sich nicht mehr die Verschwendung von Ressourcen und Energie - wie jetzt noch in vielen Einzelfällen – betriebswirtschaftlich lohnen und rentieren, sondern es muss der sparsame und effiziente Einsatz von Ressourcen und Energie neben seinen volkswirtschaftlich gebotenen auch betriebswirtschaftliche Vorteile generieren. Dazu ist eine plan- und kalkulierbare schrittweise Verteuerung von Ressourcen und Energie und im Gegenzug ein sozialer Ausgleich durch Absenkung von Lohnnebenkosten / Sozialversicherungs- Beitragssätzen sowie Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags zur Entlastung der niedrigeren und mittleren Einkommen und entsprechender Anpassung der Sozialleistungen nötig. Sodass jedeR bei regulärer Arbeit in einem gesundheitlich und sozial vertretbaren zeitlichen Umfang ohne Notwendigkeit zusätzlicher Sozialleistungen mit seinem erzielten Arbeitsentgelt einen guten Lebensstandard erreichen kann - und für die nicht Arbeitsfähigen dies durch die Sozialleistungen gesichert ist. Wobei eine Bürgerversicherung für mehr Gerechtigkeit bei den Beiträgen sorgen und alle Einkommensarten gleichermassen als Bemessungs- und Berechnungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge heranziehen muss. Auch die höchsten Erwerbseinkommen tragen somit durch eine Verbreiterung der Berechnungsgrundlage zur Finanzierung der Sozialsysteme in angemessener und gerechter Weise bei – und die prozentuale Beitragsbelastung für den Faktor Arbeit kann wegen der breiteren Finanzierungsbasis gleichbleiben oder sogar sinken.

Und eine wirklich ökologisch nachhaltige Energiewende kann nur zusammen mit einer Agrarwende funktionieren:

Der Agrarbereich hat durch Umstellung auf Bio-Landwirtschaft einen gewichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zum Einsparen von Energie zu leisten, denn diese verursacht durch Verzicht von energieintensiv hergestellten Industriedüngern und Spritzmittel sowie durch schonende Bodenbewirtschaftung mit hoher CO₂-Bindung im Humus eine deutlich geringere Freisetzung von klimaschädlichen Gasen (, und bewahrt Boden und Grundwasser vor Schadstoffeintrag). Die Förderung der Umstellung durch Erhöhung der Nachfrage nach BIO-Produkten ist somit ein wichtiger und keinesfalls zu vernachlässigender Beitrag zur Energiewende. Die Verzerrung der Preise von Agrarerzeugnissen und in der Folge Lebensmitteln auf Grund des nicht umgesetzten Vorsorge- und Verursacherprinzips führt jedoch zu einer ökologisch höchst bedenklichen und schädlichen Wirtschaftsweise (agrarindustrielle Intensivlandwirtschaft) und einer starken ebenso ökologisch höchst bedenklichen und schädlichen Nachfrage nach deren – vermeintlich billigen – Produkten.

Diesen **ökologisch äusserst schädlichen Verwerfungen und Abweichungen des für die Konsumenten bzw. Unternehmen betriebswirtschaftlich vorteilhaften Handelns vom volkswirtschaftlich gebotenen Konsum- und auch Investitionsverhalten** gilt es steuerpolitisch entgegenzutreten: Mit einem nach marktwirtschaftlichen Prinzipien globalsteuernden Instrument eines intelligenten ökologisch-soziales Steuersystems zum Erreichen einer dringend gebotenen ökologisch nachhaltigen Energie-, Agrar-Rohstoff-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Konsumwende. Denn gesamthaft gesehen wird eine ökologisch nachhaltige Energiewende nur zusammen mit einer ebensolchen Agrar-, Rohstoff- und Verkehrswende, ja einer grundlegenden Wirtschafts- und Konsumwende, gelingen. Und von diesem Gelingen hängt nicht zuletzt die **Zukunftsfähigkeit unserer menschlichen Gesellschaft** ab. Grundlegend erforderlich ist dazu eine **gerechte Anlastung der Kosten nach dem Vorsorge- und Verursacherprinzip als**, was zu ressourcen- und energiesparendem umweltverträglichem Konsum- und Verkehrsverhalten anspornt.

Im Gegenzug muss mit einer deutlichen Anhebung des Spitzensteuersatzes eine Entlastung der niedrigeren und mittleren Einkommen einhergehen. Damit und mit adäquaten Mindestlöhnen, viel höherem steuerlichem Grundfreibetrag zur Entlastung der niedrigeren und mittleren Einkommen und entsprechender Anpassung der Sozialleistungen ist zu erreichen, dass jedeR bei regulärer Arbeit in einem gesundheitlich und sozial vertretbaren zeitlichen Umfang ohne Notwendigkeit zusätzlicher Sozialleistungen mit seinem

erzielten Arbeitsentgelt einen guten Lebensstandard erreichen kann - und für die nicht Arbeitsfähigen dies durch Sozialleistungen gesichert ist.

Damit sich sozial- und umweltverträglich-verantwortliches Verhalten – auch die Vermeidung von unsinnigen Transporten - auch finanziell rechnet und lohnt - und nicht die Verschwendung von Ressourcen und das weitere unhinterfragte Güterverkehrswachstum. Diese ist als zentrales Element einer nachhaltig-ökologisch-sozialen Energie- und Verkehrswende anzusehen, weil sie „globalsteuernd“ nach marktwirtschaftlichen Prinzipien wirkt und damit auch eine Fülle bürokratischer Detailregelungen erübrigen würde.

Dies alles zusammengefasst bedeutet, dass wir ein intelligentes ökologisch-soziales Steuersystem brauchen. Mit höherer Besteuerung von Ressourcenverbrauch sowie **deutlich höherer steuerlicher Abschöpfung von extrem hohem Einkommen von „Grösstverdienern“, deren Einkommen in keinerlei vernünftiger Relation zu den von ihnen erbrachten oder auch nur erbringbaren Leistungen steht und in krassem Missverhältnis zu demjenigen von qualifiziert arbeitenden „Normal-, oder auch „Gutverdienern“ steht.** Es gilt also, Sicherheitsniveau und Sozialsysteme und den Sozialstaat als solchen zu erhalten und zu verbessern ohne Mehrbelastungen für Durchschnittsverdiener. Wenn also und aus welchen nachvollziehbaren Gründen auch immer Staatshaushalt und Sozialsysteme einer höheren Mittelausstattung bedürfen, muss die Frage der Herkunft zusätzlicher Finanzmittel mit einer höheren Abschöpfung der Bezieher der höchsten Einkommen und der Vermögendsten, Reichsten und Superreichen beantwortet werden. Aus Gründen der gebotenen einigermaßen gerechten Verhältnismässigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung sowieso und ganz generell.

Wobei eine Bürgerversicherung für mehr Gerechtigkeit bei den Beiträgen sorgen und alle Einkommensarten gleichermassen als Bemessungs- und Berechnungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge heranziehen müsste.

Auch die höchsten Erwerbseinkommen trügen damit durch eine Verbreiterung der Berechnungsgrundlage zur Finanzierung der Sozialsysteme in angemessener und gerechter Weise bei – und die prozentuale Beitragsbelastung für den Faktor Arbeit könne dann wegen der breiteren Finanzierungsbasis gleichbleiben oder sogar sinken.

Es muss den Menschen auch aus den unteren Einkommens- und Entgeltgruppen, die umweltverträglich und verantwortungsbewusst solidarisch leben wollen, möglich sein, sich anständig und fair gegenüber Mitmenschen, Nutztieren und Natur erzeugte Produkte leisten zu können und nicht auf Pseudo-Billig-Ramsch angewiesen zu sein. Dies gilt einerseits für Konsumprodukte wie Lebensmittel, andererseits gilt es genauso für Gebrauchsgegenstände, insbesondere die elektrisch betriebenen. Und ebenso für die Nutzung der umweltverträglichsten Verkehrsträger.

Als wirklich wirksame glaubwürdige soziale Ausgleichs- bzw. Entlastungskomponenten wären dafür nötig und geeignet:

Elemente / Bestandteile eines intelligenten ökologisch-sozialen Finanz- und Steuersystems:

A. ökologische Belastungskomponenten von Energie- und Ressourcenverbrauch

Höhere Belastung von Energie- und Ressourcenverbrauch, damit sich generell betriebswirtschaftlich statt wie bisher Rohstoff- und Energieverschwendung das rentiert, was auch ökologisch und somit volkswirtschaftlich einzig Sinn macht

- 1. Abbau von Subventionen etwa für den Flugverkehr und den motorisierten Individualverkehr, und sei es auch das Diesel- sowie Dienstwagenprivileg oder die Pendlerpauschale, die lange Arbeitswege via Steuererstattung attraktiv macht und massgeblicher Faktor bzw. Treiber für das zunehmende Verkehrsaufkommen ist, und Umschichtung von Mitteln weg von sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen bzw. unnötigen Projekten**
- 2. Schliessen von Besteuerungslücken wie beim Flugverkehr existent und als indirekte Subvention wirkend**

3. Umbau von durch feste Grundgebühren / Fixkostenanteile degressiv verlaufenden Tarifen für Strom / Energie in lineare bzw. progressive Tarife
4. Einführung einer **ausreichend hohen und dann ansteigenden Bepreisung von CO₂- und sonstigen Treibhausgasemissionen, also auch solcher, die etwa bei Förderung, Reinigung und Transport von Erdgas als unverbrannter CO₂-Gas- und Methanschlupf („Vorkettenemissionen“) in grossen Mengen in die Atmosphäre gelangen**
5. Ausgestaltung der bestehenden indirekten Steuern (wie Umsatzsteuer und sonstige Verbrauchssteuern) zu bzw. als vorrangig als Energie- und Ressourcensteuern wirkenden Steuern oder Abgaben
6. Einführung einer Luxussteuer in Form eines erhöhten Satzes von Verbrauchsteuern wie vorrangig der Umsatz-/ Mehrwertsteuer durch einen dritten höheren Mehrwertsteuersatz (neben dem allgemeinen 19 %- und dem ermässigten 7 %- Satz für wichtige Güter des täglichen Bedarfs) auf „Luxusgüter“ wie Autos über der Mittelklasse, Yachten / Motorboote, Privatflugzeuge, Schmuck oder Pelze, also für Güter, die sich bei vorherrschender Betrachtung durch billig und gerecht denkende Menschen bzw. vorherrschender Meinung der einschlägigen Fachkreise wegen ihrer exklusiven Merkmale vom normalen Bedarf auch über die Grundbedürfnisse hinaus weit abheben und als Erfolgs- und Statussymbol erworben werden

B. soziale Entlastungskomponenten

Abbau der Verteilungsgerechtigkeit infolge immer weiter auseinanderklaffender Schere bei der Einkommens- und Vermögensverteilung

1. Mit steuerlicher Heranziehung - mittels einer Digital-, Finanztransaktions- und Börsenumsatzsteuer oder einer in die gleiche Richtung wirkenden ähnlich zu benennenden Steuerart - derjenigen, die bisher nicht ihrer Finanzkraft angemessen belangt wurden oder sich der Besteuerung durch Verlegen von Unternehmenssitzen oder Geldanlagen ins Ausland entzogen haben
2. mit viel höheren steuerlichen Grundfreibeträgen zur Entlastung der niedrigeren und mittleren Einkommen
3. mit höherer steuerlicher Abschöpfung von extrem hohen Einkommen von „Grösstverdienern“, deren Einkommen in keinerlei vernünftiger Relation zu den von ihnen erbrachten oder auch nur erbringbaren Leistungen steht und in krassem Missverhältnis zu demjenigen von qualifiziert arbeitenden „Normal-, oder auch „Gutverdienern“. Im Gegenzug muss mit einer deutlichen Anhebung des Spitzensteuersatzes eine Entlastung der niedrigeren und mittleren Einkommen einhergehen. Damit und mit adäquaten Mindestlöhnen, viel höherem steuerlichen Grundfreibetrag zur Entlastung der niedrigeren und mittleren Einkommen und entsprechender Anpassung der Sozialleistungen ist zu erreichen, dass jedeR bei regulärer Arbeit in einem gesundheitlich und sozial vertretbaren zeitlichen Umfang ohne Notwendigkeit zusätzlicher Sozialleistungen mit seinem erzielten Arbeitsentgelt einen guten Lebensstandard erreichen kann - und für die nicht Arbeitsfähigen dies durch die Sozialleistungen gesichert ist.
4. durch eine Verbreiterung der Berechnungsgrundlage zur Finanzierung der Sozialsysteme in angemessener und gerechter Weise wie der Bürgerversicherung, die Kapitaleinkünfte, Dividenden, Miet- und Pächterlöse, mithin auch die Bestverdiener in die Solidarsysteme der gesetzlichen Sozialversicherung und damit in die solidarische Finanzierung der Sozialausgaben einbezieht. Dadurch sinkt bei gleichen oder sogar niedrigeren Beitragssätzen (> hierdurch Entlastung) die Beitragsbelastung für den Faktor Arbeit, wovon vor allem untere Entgeltgruppen profitieren würden, bei denen eine ausreichende Entlastungswirkung allein durch Absenkung des Eingangsteuersatzes nicht eintreten würde. Wobei eine Bürgerversicherung für mehr Gerechtigkeit bei den Beiträgen sorgen und alle Einkommensarten auch von bisher versicherungsfreien über der Jahresarbeitsentgeltgrenze bezahlten Angestellten, Selbstständigen, Freiberuflern, Unternehmern, Beamten, Abgeordneten oder Ministern gleichermassen – bei gleichzeitig weitaus höherer Beitragsbemessungsgrenze - als Bemessungs- und Berechnungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge heranziehen muss. Auch die höchsten Erwerbseinkommen tragen

somit durch eine Verbreiterung der Berechnungsgrundlage zur Finanzierung der Sozialsysteme in angemessener und gerechter Weise bei – und die prozentuale Beitragsbelastung für den Faktor Arbeit kann wegen der breiteren Finanzierungsbasis bei höherem Leistungsniveau, ob bei Pflege oder Rente, gleichbleiben oder sogar sinken. Das dürfte eine von allen bisher benachteiligten Gruppierungen wohlgehörte Botschaft sein.

5. mit Abschöpfung von extrem hohem Vermögen über Vermögensabgabe /-steuer bzw. Erbschaftssteuer

Dies alles ohne Gleichmacherei, aber mit Aufhebung der extrem ungerechten viel zu weit auseinander klaffenden Einkommens- und Vermögensverteilung.

Bei Sicherstellung der Belastungs- sowie Aufkommensgerechtigkeit von Sozialversicherungsbeiträgen, Abgaben und Steuern stellt auch eine höhere Steuerquote kein Umding bzw. keinen unzulässigen, makelbehafteten oder gar unanständigen Zugriff auf Bürgers Portemonnaie dar, wenn die Abgaben- und Steuererhebung und -vollstreckung mit genügend Personal bei den Finanzämtern inclusive Steuerfahndung und damit unter Schliessung von bisher geduldeten legalen wie illegalen Steuerschlupflöchern vollständig, gerecht und regelrecht erfolgt.

Und wenn die Gegenleistung stimmt und ehrlich, wie es zuzusichern ist, erfolgt, die der Staat den Bürgern erbringt - von funktionierender zukunftsfähiger Infrastruktur über gut austarierte soziale Sicherheit bis zu angemessenem Wohlstand, der die Begrenztheit des Planeten und die Belastbarkeit des Naturhaushaltes Grenzen nicht überschreitet, sondern achtet und einhält – auch im Blick auf die gesamte Weltbevölkerung

Diese Basics“ sind - ziemlich komprimiert vorgetragen - gleichsam die Grundvoraussetzungen für ein weiter funktionierendes Staatswesen in Zeiten von Klimawandel inclusive massivem Verlust an Biodiversität, Flüchtlingsströmen und massivem Umbruch in der demographischen Entwicklung, anders gesagt für die Zukunftsfähigkeit unserer menschlichen Gesellschaft.

Wir bitten Sie daher eindringlich, jegliche Subventionierung von sozial und ökologisch nachteiligen, schädlichen unnötigen Projekten und Vorhaben wie Flüssigerdgas-Terminals für Import von Fracking-Gas zu unterlassen

Und als Vizekanzler und Ressortchef des Bundesfinanzministeriums und damit einflussreiches Kabinettsmitglied zusammen mit der gesamten Bundesregierung eine grundlegende ökologisch nachhaltige Energie-, Agrar-, Rohstoff- und Verkehrs- Wirtschafts- und Konsumwende sowie eine gerechte Anlastung der Kosten nach dem Vorsorge- und Verursacherprinzip als Bestandteil eines intelligenten ökologisch-sozialen Finanz- und Steuersystems in Angriff und die dazu aufgeführten Elemente auf zu nehmen.

Ihre Nachricht über das Veranlasste dürfen wir mit grossem Interesse erwarten und danken schon jetzt für Ihre Bemühungen

Mit freundlichen Grüssen

Johann Meindorfer
BUND-NATURSCHUTZ-MEINDORFER@gmx.de
Verkehrslub Deutschland e.V.
Bayern e.V.
Sprecher Kreisgruppe Straubing-Bogen
Bogen
Sprecher Arbeitskreis Ostbayern
Ressourcenschonung

Finanzen
Albrechtsgasse 3
Energie
94315 Straubing
Verkehr
vcd-straubing@vcd-bayern.de
naturschutz.de
www.vcd.org
naturschutz.de
www.vcd-bayern.de/straubing
naturschutz.de

Bund Naturschutz in
2. Kreisvorsitzender Kreisgruppe Straubing-
stv. Sprecher BN-Landesarbeitskreis Abfall / Kreislaufwirtschaft /

Mitarbeiter BUND-Bundesarbeitskreis Wirtschaft und
Mitarbeiter BN-Landesarbeitskreis Klimaschutz und
Mitarbeiter BN-Landesarbeitskreis

straubing@bund-

www.bund-

www.straubing.bund-



Unsere Briefbögen sind gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier – umweltfreundlich.

Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für Lebensqualität für alle - dafür setzen wir uns ein!